



Demokratie-Offensive

EU – (k)Ein Ungeheuer

Pressekonferenz zur Veranstaltungsreihe EU – (k)Ein Ungeheuer

am 21.11.2009

199 Tage Informations-Offensive bis zur Wahl des Europa-Parlaments

Inhalt:

In Kürze

Das Projekt „EU – (k)Ein Ungeheuer“

FORUM politische Bildung Steiermark
Die Projektpartner
Ausgangslage: Eurobarometer zeigt „Österreich-Tief“
Ziele

Veranstaltungsübersicht

Anlagen

Das Europaparlament
„Plan D“ der Europäischen Kommission
Ziele
Umsetzung

Die Teilnehmer der Pressekonferenz

Abgeordneter zum Europaparlament Dr. Reinhard Rack (ÖVP)
Abgeordneter zum Europaparlament Mag. Jörg Leichtfried (SPÖ)
Mag. Ludwig Rader (Fachabteilung Europa und Außenbeziehungen)
Brigitte Kratzwald (Attac Steiermark)
Bernhard Possert (FORUM politische Bildung Steiermark, Moderation)

In Kürze

Das **FORUM politische Bildung Steiermark** führt als überparteiliche NGO bereits im Vorfeld von Wahlen (Nationalrat, Landtag, Gemeinderat) öffentliche Diskussionen zu so genannten heißen Themen durch, die besonders von Jugendlichen gut angenommen werden.

Am 7. Juni 2009 wird die Wahl zum Europäischen Parlament stattfinden, zu der 375 Millionen Bürger stimmberechtigt sind. Jede(r) Wahlberechtigte Österreichs ab 16 Jahren kann sich an dieser direkten, demokratischen Wahl beteiligen und eine(n) der 17 nationalen Abgeordneten wählen, die/der dann für fünf Jahre ihre Interessen im Europaparlament vertreten wird.

Unter dem Titel „**EU – (k)Ein Ungeheuer**“ wurden bei der EU zwei Projekte erfolgreich eingereicht. Diese sollen das Bewusstsein der Bevölkerung dafür steigern, wie sehr die EU unser Leben beeinflusst. Zu jedem Thema finden zwei sich ergänzende Veranstaltungen statt:

- Jugend-Workshops (unterstützt durch das EU-Programm Jugend in Aktion) und jeweils danach
- öffentliche Diskussionsveranstaltungen (unterstützt durch die EU-Initiative „Debate Europe“)

Das Land Steiermark (im Rahmen des Europe*Direct*-Informationsnetzwerks) und das Landesjugendreferat sowie weitere Partner unterstützen diese Initiative.

Im Mittelpunkt des ersten Termins am 27. November 2008 steht die Einwanderungspolitik der Europäischen Union unter dem Titel „Pulverfass Europa – Kulturen und Religionen als Herausforderung“.

Ihre Gesprächspartner

- Abgeordneter zum Europaparlament Dr. Reinhard Rack (ÖVP),
- Abgeordneter zum Europaparlament Mag. Jörg Leichtfried (SPÖ),
- Mag. Ludwig Rader (Fachabteilung Europa und Außenbeziehungen),
- Brigitte Kratzwald (Attac Steiermark),
- Bernhard Possert (FORUM politische Bildung Steiermark, Moderation).

Informationen im Internet finden sie unter

www.europa.steiermark.at/EU-kEin-Ungeheuer

www.demokratie-offensive.at

www.europa-bist-du.at



Das Projekt „EU – (k)Ein Ungeheuer“

In Österreich lassen die steigende Politikverdrossenheit und auch das Misstrauen der Bevölkerung gegenüber der Europäischen Union eine bedenklich niedrige Wahlbeteiligung an den Europäischen Parlamentswahlen 2009 erwarten. Aktuelle Umfrage-Ergebnisse bestätigen diese Befürchtung.

Um die Bevölkerung zu ermutigen, ihr demokratisches Grundrecht der Wahl wahrzunehmen, startet das **FORUM politische Bildung Steiermark** in Kooperation mit dem Land Steiermark (Fachabteilung Europa und Außenbeziehungen – EuropeDirect-Informationsnetzwerk) die Initiative „EU – (k)Ein Ungeheuer“. Ziel dieser sechsteiligen Veranstaltungsreihe ist es, sich differenziert und kritisch mit EU-relevanten Themen auseinander zu setzen. Auf diese Weise will man Vorurteile und Ängste abbauen und den Bürgern eine Entscheidungshilfe anbieten.

Zu diesem Zweck werden Jugendliche und Erwachsene aktiv in die Diskussionen der Experten und Politiker eingebunden. Und das nicht nur während der Veranstaltungen, sondern auch darüber hinaus:

- Direkt vor den öffentlichen Diskussionsveranstaltungen werden Workshops für Schüler mit den Experten und Politikern angeboten.
- Ein offenes Internet-Forum (www.europa-bist-du.at) ermöglicht den Gedankenaustausch zwischen Jugendlichen und Politikern.
- Studenten der FH JOANNEUM, Studiengang Journalismus und Unternehmenskommunikation, berichten unter anderem mit Hilfe von Videobeiträgen und Live-Blogs (www.e-community.st) über die Diskussionen.
- Die Veranstaltungen können via Video-Stream (www.steiermark.at) live mitverfolgt und im Internet diskutiert werden.

Die erste Veranstaltung findet am 27. November 2008 statt und widmet sich dem Thema Einwanderungspolitik unter dem Titel „Pulverfass Europa – Kulturen und Religionen als Herausforderung“.

FORUM politische Bildung Steiermark



Das **FORUM politische Bildung** ist eine überparteiliche, überkonfessionelle Organisation, die darum bemüht ist, politische Bildungs- und Aufklärungsarbeit zu leisten. Seine Mitglieder führen seit vielen Jahren im Vorfeld von Wahlen eine Demokratieoffensive im öffentlichen Raum durch. Ziel ist es, Menschen zu ermutigen von ihrem demokratischen Grundrecht der Wahl Gebrauch zu machen. Das Forum trägt damit zur Lösung schwerwiegender Probleme wie Politik(er)-verdrossenheit, Demokratiemüdigkeit, Rassismus und Arbeitslosigkeit bei.



Die Projektpartner

 <p>Debate Europe</p>	<p>Europäische Kommission, Debate Europe</p>	<p>Förderer des Projekts „Demokratie-Offensive“</p>
 <p>Jugend GD Bildung und Kultur Programm „Jugend in Aktion“</p>	<p>Europäische Kommission, Programm „Jugend in Aktion“</p>	<p>Förderer des Projekts „Europa bist Du!“</p>
<p>Europe-Direct.Steiermark.at</p> 	<p>Land Steiermark, Fachabteilung Europa und Außenbeziehungen</p>	<p>Projektpartner</p>
 <p>WERTE VERBINDEN MENSCHEN JUGEND STEIERMARK Das Land Steiermark</p>	<p>Land Steiermark, Landesjugendreferat</p>	<p>Projektpartner, Förderer</p>
 <p>pb österreichische gesellschaft für politische bildung 30 Jahre 1977-2007</p>	<p>Österreichische Gesellschaft für politische Bildung</p>	<p>Förderer</p>
 <p>%attac</p>	<p>Attac</p>	<p>Inhaltlicher Partner</p>
 <p>Werkstatt Frieden & Solidarität www.werkstatt.at</p>	<p>Werkstatt Frieden und Solidarität</p>	<p>Inhaltlicher Partner</p>
 <p>LSV Landes Schüler-Vertretung</p>	<p>Landeschüler-Vertretung</p>	<p>Projektpartner (Kommunikation)</p>
 <p>FH JOANNEUM JOURNALISMUS UND PUBLIC RELATIONS (PR)</p>	<p>Fachhochschule JOANNEUM, Studiengang „Journalismus und Unternehmens- kommunikation“</p>	<p>Projektpartner (Öffentlichkeitsarbeit)</p>
 <p>facilitation.at</p>	<p>Facilitation.at</p>	<p>Projektpartner (Internet)</p>
 <p>GUK</p>	<p>Verein zur Förderung von Gemeinschaft, Unternehmens- kultur und Kommunikation</p>	<p>Formaler Träger von „Europa bist Du!“</p>



Ausgangslage: Eurobarometer zeigt „Österreich-Tief“

Der letzte, im September veröffentlichte Bericht des Eurobarometers zeichnet ein düsteres Bild für die bevorstehenden Wahlen zum Europäischen Parlament. Demnach ist die Mehrheit der Österreicher (51%) nicht an den Wahlen interessiert. Geringer ist das Interesse nur in einigen der neuen EU-Staaten im Osten und in Großbritannien.

Zudem wollen nur 17% der Österreicher auf jeden Fall von ihrem Wahlrecht Gebrauch machen. Nur in Portugal und der Slowakei ist der Anteil der sicheren Wähler geringer.

Ein besonderes Augenmerk legt die Initiative „EU – (k)Ein U ngeheuer“ daher auf die potentiellen Nichtwähler und deren Beweggründe. Auf die Frage, warum man nicht an den Wahlen teilnehmen werde, antworteten die befragten Österreicher wie folgt (siehe Tabelle 1).

Tabelle 1: Beweggründe der Österreicher nicht an der Wahl zum Europäischen Parlament teilzunehmen im europäischen Vergleich.¹

Grund	Anteil der Nichtwähler in % Österreich	Anteil der Nichtwähler in % EU27
Bin generell gegen die Europäische Union.	40	23
Glaube nicht, dass das Europa Parlament genug bewegen kann.	46	26
Glaube nicht, dass die Europäische Union meine Interessen vertritt.	75	57
Fühle mich nicht gut von den Abgeordneten im Europäischen Parlament vertreten.	68	56
Bin der Ansicht, dass meine Stimme nichts ändert.	81	68
Bin nicht an europäischen Wahlen interessiert	68	59
Fühle mich nicht ausreichend informiert.	58	58
Bin verhindert aufgrund von Reisen, Arbeit oder Krankheit.	13	15

Vor allem Argumente, die Misstrauen gegenüber der Europäischen Union ausdrücken, wurden in Österreich häufiger genannt als in irgendeinem anderen Mitgliedsland. In der oben angeführten Liste sind diese Argumente gelb hinterlegt. Aber auch bei den restlichen Nichtwähler-Gründen liegt man im "Spitzenfeld" und meist deutlich über dem EU-Schnitt.

Ziele

Der Bevölkerung in Graz und der Steiermark soll durch diese neue Aktion vermittelt werden, wie sehr die Europäische Union unser Leben beeinflusst, welche Entwicklungen auf europäischer Ebene stattfinden und vor welchen wichtigen Entscheidungen die Europäischen Union steht. Die Hauptzielgruppe sind Jugendliche aus dem schulischen und außerschulischen Bereich und interessierte Erwachsene.

¹ Siehe: http://ec.europa.eu/public_opinion/archives/ebs/ebs_299_de.pdf





Veranstaltungsübersicht

Ort: Medienzentrum Steiermark, Graz, Hofgasse 16

*Jugend-Workshop jeweils 17.00-18.45 Uhr
Öffentliche Veranstaltung: 19.00-21.00 Uhr*

Do, 27. November 2008: Pulverfass Europa?
Kulturen und Religionen als Herausforderung

Do, 22. Jänner 2009: Ich bin gespalten!
EU-Energie- und Umweltpolitik am Scheideweg

Do, 26. Februar 2009: Wer für alle(s) offen ist, kann nicht ganz dicht sein!?
Die EU auf dem Weg zu einem XXXL-Staat?

Do, 26. März 2009: EU – alles ist möglich?
Europa für Junge, Aktive und Mobile

Do, 23. April 2009: Der Mensch als Ware?
Schützt die EU vor Nepp und Ausbeutung?

Do, 7. Mai 2009: Am Prüfstand!
Die KandidatInnen zum Europaparlament im Gespräch

Sowohl die Jugend-Workshops als auch die öffentlichen Diskussions-Veranstaltungen werden als Web-TV im Internet unter www.europa.steiermark.at/stream übertragen.

Anmeldung erbeten an fa1e@stmk.gv.at



Anlagen

Das Europaparlament

Allgemeines

Das Europäische Parlament mit Sitz in Straßburg ist die einzige direkt gewählte supranationale Institution der Welt und vertritt die Interessen von fast 500 Millionen Bürgern. Alle 27 Mitgliedstaaten sind im Parlament vertreten. Österreich stellt derzeit 18 der 785 Abgeordneten. Nach der Europawahl 2009 werden 17 von insgesamt 736 Abgeordneten aus Österreich kommen².

Die Wahlen zum Europäischen Parlament finden seit 1979 alle fünf Jahre statt. Die Aufteilung der Abgeordneten auf die Mitgliedstaaten erfolgt in erster Linie aufgrund der Bevölkerungszahl. Jedoch sind kleine und mittlere Staaten proportional stärker vertreten als die größeren. 2009 sind 375 Millionen EU-Bürger stimmberechtigt.

Aufgaben

Das Parlament hat drei wesentliche Aufgaben:

- Beim Großteil der Rechtsakte besitzt das Parlament ein Mitbestimmungsrecht. Der Rat der Europäischen Union benötigt bei Gesetzesvorlagen also meistens die Zustimmung des Parlaments.
- Des Weiteren kontrolliert das Parlament auch alle anderen Organe der Europäischen Union, insbesondere die Europäische Kommission. Diese ist gegenüber dem Parlament rechenschaftspflichtig. Das Parlament muss auch der Benennung von Kommissionsmitgliedern zustimmen und kann über einen Misstrauensantrag sogar die gesamte Kommission zum Rücktritt zwingen. Überdies kann das Parlament Untersuchungsausschüsse einrichten und andere Organe vor dem Gerichtshof verklagen. Einzelne Bürger können sich mit Petitionen an das Parlament oder an den dort eingerichteten Bürgerbeauftragten wenden.
- Schließlich entscheidet das Parlament gemeinsam mit dem Rat der Europäischen Union über den Haushaltsvorentwurf der Europäischen Kommission.

Arbeitsweise

Die Mitglieder des Europäischen Parlaments sind in EU-weiten politischen Fraktionen organisiert. Das Meinungsspektrum reicht hier von entschiedenen Befürwortern eines föderalistischen Europa bis hin zu offenen Europa-Skeptikern. Die Abgeordneten üben ihr Amt nach dem Grundsatz des freien Mandats aus. Sie sind also nicht an Weisungen der nationalen Regierung oder der eigenen Partei gebunden.

Beschlüsse werden vom Europäischen Parlament grundsätzlich mit einfacher Mehrheit gefasst, wobei mindestens ein Drittel der Parlamentsmitglieder anwesend sein muss. In Sonderfällen ist eine einfache Mehrheit (z.B. Entscheidung zur Aufnahme neuer Mitgliedsstaaten) bzw. eine Zwei-Drittel-Mehrheit (Misstrauensvotum gegen die Kommission) aller Mitglieder notwendig.

² Mit dem Inkrafttreten des Vertrages von Lissabon soll Österreich durch 19 Abgeordnete im Europaparlament vertreten sein.



Weiterführende Informationen zum Europäischen Parlament

- www.europarl.europa.eu
- <http://www.europarl.at>
- <http://aeiou.iicm.tugraz.at/aeiou.encyclop.e/e903805.htm>
- https://www.bmf.gv.at/WipoEUInt/InstitutionenderEU/EuropischeParlamentEP/_start.htm
- <http://www.europarl.europa.eu/parliament/public/staticDisplay.do?language=DE&tid=146>

„Plan D“ der Europäischen Kommission

Der „Plan D“ für Demokratie, Dialog und Diskussion ist ein Aufruf der EU-Staats- und Regierungschefs zu einer vielschichtigen Debatte über die zukünftige Gestalt der Europäischen Union und über den Prozess der europäischen Einigung.

„Plan D“ wurde von der Europäischen Kommission am 13. Oktober 2005 vorgestellt, als Ergänzung wurde 2006 ein „Weißbuch über europäische Kommunikationspolitik“ verabschiedet.

Ziele

Mit Hilfe des „Plan D“ sollen die Einwohner der europäischen Staaten stärker in die Gestaltung eines gemeinsamen Europas eingebunden und zu ihren Vorstellungen, Forderungen und Erwartungen für einen politisch und wirtschaftlich geeinten Kontinent befragt werden.

Umsetzung

Den „Plan D“ setzt die Europäische Kommission in Partnerschaft mit zivilgesellschaftlichen Akteuren um. Die Arbeiten an der Umsetzung von „Plan D“ werden von Seiten der Europäischen Kommission durch die zuständige Kommissarin Margot Wallström betreut.

Im Rahmen der Initiative "Debate Europe" gewährt die Europäische Kommission Finanzhilfen für lokale und nationale zivilgesellschaftliche Vorhaben mit dem Ziel, die öffentliche Diskussion europäischer Themen zu fördern.

Gender:

Nach reiflicher Diskussion hat das Redaktionsteam dieser Unterlage einige Mehrzahl-Bezeichnungen wegen der leichteren Lesbarkeit in einer nicht in einer explizit gegenderten Form (...Innen) angeführt. Es sind natürlich weibliche und männliche Menschen in gleicher Form gemeint.



Die Teilnehmer der Pressekonferenz

Abgeordneter zum Europaparlament Dr. Reinhard Rack (ÖVP)

Dr. Reinhard Rack ist Mitglied des Vorstandes der Fraktion der Europäischen Volkspartei und europäischer Demokraten. Der gebürtige Leobener studierte Rechtswissenschaften und Dolmetschen an der Universität Graz. Nach seiner Habilitation war Rack als Universitätsprofessor für Verfassungs-, Verwaltungs- und Europarecht tätig und unter anderem Gastprofessor an der Rutgers University (USA). Von 1990 bis 1994 war er Europabeauftragter des Landes Steiermark und anschließend Abgeordneter zum Nationalrat. Seit 1995 ist Univ.Prof. Dr. Rack Mitglied des Europäischen Parlaments.

Email: reinhard.rack@europarl.europa.eu

Abgeordneter zum Europaparlament Mag. Jörg Leichtfried (SPÖ)

Mag. Jörg Leichtfried, geboren in Bruck an der Mur, ist Mitglied der Sozialdemokratischen Fraktion im Europäischen Parlament. Er studierte Rechtswissenschaften, war vier Jahre lang Rechtsreferent an der Arbeiterkammer Steiermark und arbeitete als Fachbereichsleiter des Bürgerservice der Stadtgemeinde Bruck an der Mur.

Leichtfried war Nationalratskandidat und Landesvorsitzender der JG Steiermark. Später wurde er stellvertretender Bundesvorsitzender der JG Österreich. Seit 2000 ist er stellvertretender Landesparteivorsitzender der SPÖ Steiermark. 2004 wurde er in das Europaparlament gewählt.

Email: joerg.leichtfried@europarl.europa.eu

Mag. Ludwig Rader (Fachabteilung Europa und Außenbeziehungen)

Mag. Ludwig Rader ist Leiter der Fachabteilung 1E für Europa und Außenbeziehungen des Amtes der Steiermärkischen Landesregierung und Repräsentant des Landes Steiermark bei der Europäischen Union. Er ist in Feldkirchen/Kärnten geboren und studierte Rechtswissenschaften in Graz. In den 70er Jahren arbeitete Rader als Journalist. Währenddessen agierte er auch als Klubsekretär der FPÖ im Steiermärkischen Landtag. Später wurde Rader Klubobmann der FPÖ-Fraktion im Steiermärkischen Landtag, Landesparteiobmann der FP-Steiermark sowie Mitglied des Bundesparteivorstandes und Dritter Präsident des Steiermärkischen Landtages. Seit 1994 ist Rader Repräsentant des Landes Steiermark bei der Europäischen Union.

Email: fa1e@stmk.gv.at

Brigitte Kratzwald (Attac Steiermark)

Brigitte Kratzwald studierte Sozialpädagogik und Volkswirtschaftslehre. Nach dem Studium arbeitete sie bei der NGO Südwind als Bildungsreferentin. Zurzeit ist sie bei der globalisierungskritischen Organisation Attac in Graz und bei der Inhaltsgruppe socialattac tätig. Email: brigitte.kratzwald@attac-austria.org

Bernhard Possert (FORUM politische Bildung Steiermark, Moderation)

Bernhard Possert ist Projektleiter von „EU – (k)Ein Ungeheuer“. Er ist selbstständiger Moderator und Trainer und begleitet zahlreiche Organisationen im Bereich Verwaltung, Politik, Bildung, Jugend und Soziales. Possert ist Gründungsmitglied des FORUM politische Bildung Steiermark und unter anderem Projektpartner des Landesjugendreferats und der Europaabteilung mit dem Themenschwerpunkt politische Bildung. Email: office@possert.at



Brigitte Kratzwald, Attac Österreich:

„Attac bekennt sich zu einem gemeinsamen Europa, weil wir der Überzeugung sind, dass wichtige aktuelle Probleme auf nationalstaatlicher Ebene nicht gelöst werden können. Wir verurteilen aber die derzeitige neoliberale Ausrichtung der europäischen Politik. Sie ist nur auf die Ziele Wachstum und Wettbewerbsfähigkeit ausgerichtet und nützt vor allem den Reichen und den großen Konzernen. 16 europäische Attac-Organisationen haben daher „10 Prinzipien für einen demokratischen EU-Vertrag“ verfasst. Unser Europa soll ein demokratisches Europa für alle Menschen sein. Um dieses Ziel zu erreichen ist es notwendig, dass möglichst viele Menschen sich an der politischen Mitgestaltung auf europäischer Ebene beteiligen. Wir begrüßen, dass bei der Veranstaltungsreihe der steirischen Landesregierung, auch kritische Stimmen wie Attac in die Diskussion einbezogen werden.

Attacs 10 Prinzipien für einen demokratischen EU-Vertrag: www.attac.at/10prinzipien

- 1) Ein neuer Konvent muss direktdemokratisch von den EU-BürgerInnen gewählt werden. Ein neuer Vertrag muss durch Referenda in allen Mitgliedsstaaten legitimiert werden.
- 2) Das Europäische Parlament muss das Gesetzesvorschlags- und Mitentscheidungsrecht in allen Politikfeldern erhalten sowie das Recht, die Mitglieder der Kommission einzelnen zu wählen und abzuwählen.
- 3) Alle Sitzungen und Arbeitsgruppen des Rates und der Ständigen VertreterInnen müssen öffentlich sein. LobbyistInnen, Mitglieder des Parlaments, der Kommission sowie der Ausschüsse müssen ihre Finanzierung offen legen.
- 4) Der Bevölkerung soll nicht nur ein Vorschlagsrecht für Gesetze und das Instrument des Volksbegehrens gegeben werden, sondern auch das Instrument des Volksentscheids (ab einer gewissen Unterschriftenzahl).
- 5) Die fortschrittlichsten Grundrechte müssen einklagbar verankert werden. Die EU muss der Europäischen Menschenrechtskonvention beitreten.
- 6) Demokratische Errungenschaften müssen geschützt und ausgebaut werden. Umwelt-, Sozial- und Arbeitsstandards müssen in Kooperation erhöht werden.
- 7) Ein Vertrag darf kein spezifisches Wirtschaftsmodell festlegen und muss auf allen Ebenen alternative Entscheidungen zulassen. Der „freie“ Wettbewerb darf kein allem übergeordnetes Prinzip der EU sein.
- 8) Ein Vertrag muss Ziele, nicht deren Mittel definieren: Ökologische Nachhaltigkeit und Gesundheitsvorsorge müssen den Binnenmarktfreiheiten übergeordnet werden. In der Geldpolitik ist Vollbeschäftigung wichtiger als Preisstabilität. In der Verkehrspolitik ist nachhaltige Mobilität wichtiger als Autobahnen. In der Agrarpolitik sind kleinbäuerliche Strukturen und die Erzeugung gesunder Lebensmittel wichtiger als „Produktivitätssteigerung“ und „Rationalisierung“.
- 9) Die Abwärtsspirale des Steuer-, Sozial-, Lohn- und Umweltdumpings muss in eine Spirale nach oben gewendet werden, durch ehrgeizige Mindeststandards, Korridore oder das Vorausgehen von Ländergruppen.
- 10) Ein Vertrag muss Friedenspflicht statt Aufrüstungspflicht festschreiben.

Rückfragen: Brigitte Kratzwald, Attac Österreich: brigitte.kratzwald@attac.at, 0699 112 86 557

Attac ist eine internationale Bewegung, die sich für eine demokratische und sozial gerechte Gestaltung der globalen Wirtschaft einsetzt. Einer kleinen Gruppe von GewinnerInnen steht eine große Mehrheit von VerliererInnen gegenüber. Das ist kein Naturgesetz.

Attac zeigt Entwicklungen auf und bietet Alternativen. Denn Globalisierung braucht Gestaltung.

www.attac.at